



www.laender-analysen.de/ukraine

**VERSTAATLICHUNG DER PRIVATBANK
MILITÄRISCHER KONFLIKT IN DER OSTUKRAINE
RECHTSEXTREMER ANGRIFF AUF DAS KIEWER VISUAL CULTURE RESEARCH CENTER
FINANZTRANSPARENZ UND DER EUROVISION SONG CONTEST IN KIEW**

■ ANALYSE		
Privatbank-Verstaatlichung: Eine erste (polit-)ökonomische Einschätzung		2
Von Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International, Wien)		
■ STATISTIK		
Die Privatbank und der ukrainische Bankensektor		6
■ ANALYSE		
Eine Superstaatsbank: PrivatBank wurde verstaatlicht. Was kommt als nächstes?		12
Von Mykhaylo Demkiv (ICU Asset Management, Kiew)		
■ DOKUMENTATION		
Dubiose Finanzgeschäfte der Privatbank		14
■ DOKUMENTATION		
Der militärische Konflikt in der Ostukraine – Aktuelle Entwicklungen		16
■ DOKUMENTATION		
Rechtsextremer Angriff auf das Kiewer Visual Culture Research Center		18
■ DOKUMENTATION		
Finanztransparenz und der Eurovision Song Contest in Kiew		20
■ CHRONIK		
6. – 19. Februar 2017		21

Privatbank-Verstaatlichung: Eine erste (polit-)ökonomische Einschätzung

Von Gunter Deuber (Raiffeisen Bank International, Wien)

Zusammenfassung

Ende Dezember wurde nicht gänzlich überraschend die größte Bank in der Ukraine, die Privatbank, verstaatlicht. Dieser überfällige Schritt – offiziell nach einem Ansuchen der Eigentümer – ist wesentlichen Entscheidungsträgern nicht einfach gefallen, passt aber zu Forderungen von IWF und anderen Unterstützern nach mehr Strukturreformen (inklusive Begrenzung von Schattenwirtschaft und Korruption). Begünstigend kam hinzu, dass zu diesem Zeitpunkt das Risiko von Verwerfungen an den Finanzmärkten lokal und international begrenzt war. Auf jeden Fall wurde die Position der reformorientierten Notenbank durch die Verstaatlichung gestützt. Aus gesamtwirtschaftlicher und politischer Perspektive ist nun entscheidend, dass die betriebswirtschaftlich bzw. regulatorisch gesehen notwendige Umstrukturierung bzw. Teilabwicklung des Kreditinstitutes entschlossen und ohne Elemente eine »Oligarchenspiels« vollzogen wird. Nur so ist eine längerfristig ratsame (Teil-)Reprivatisierung vorstellbar.

(Zwangs-)Verstaatlichung nicht überraschend

In den Tagen vom 15. bis 18. Dezember ist letztlich der durchaus politische aber nicht völlig überraschende Entschluss zur Verstaatlichung der ukrainischen Privatbank gefallen. In den letzten Jahren wurde von vielen Seiten Zweifel an der Nachhaltigkeit des Geschäftsmodells der Privatbank angemeldet. Zwar war die Privatbank in den letzten zwei Jahren moderat profitabel (ohne aber die Kapitalkosten zu verdienen), doch gab es genügend Anzeichen für die Notwendigkeit einer umfassenden Umstrukturierung.

Letzteres hängt auch damit zusammen, dass zwei prominente ukrainische Oligarchen Mehrheitseigentümer der Privatbank waren und die Privatbank stark auf ihre in der Privat-Gruppe zusammengefassten Geschäftsinteressen (mit starkem Fokus auf die Ostukraine) ausgerichtet waren. Die Privatbank hat deshalb vor allem Kredite an sog. befreundete Entitäten (vor allem mit Sitz in der Ostukraine) vergeben, was in Aufsichtskreisen »related party lending« genannt wird.

Angesichts dieser Ausrichtung verschlechterte sich die Qualität der Aktiva der Bank erheblich. Die Quote der notleidenden Kredite verdoppelte sich in den letzten Jahren, im Firmenkundengeschäft waren gemäß offiziellen Zahlen mindestens 30% der Kreditengagements notleidend. Des Weiteren musste die Privatbank 2015 einige internationale Obligationen und weitere Auslandsschulden umstrukturieren, was nicht für eine uneingeschränkte Solidität der Bank spricht. Zudem war das Kreditinstitut in den letzten Jahren in dubiose bzw. betrügerische Transaktionen (wie Steuervermeidung und mögliche Kapitalflucht) involviert und zugleich auf umfassende Notenbankfinanzierung angewiesen. Ferner erhärtet sich nach der Verstaatlichung auch der Verdacht, dass zuvor die Bewertung

von Kreditsicherheiten (unter Beteiligung einer international renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) nicht ordnungsgemäß gehandhabt wurde.

Gemäß jüngsten Schätzungen waren 90% bis 97% der Kreditengagements der Privatbank an befreundete Entitäten gegangen, während frühere Notenbankschätzungen, die nun hinterfragt werden müssen, von 30% bis 40% ausgegangen waren. Prinzipiell wurden die meisten großen (Firmenkunden-)Kreditengagements der Privatbank über komplexe Holding- und Briefkastenfirmenstrukturen gemäß nationalem oder internationalem Recht bzw. über direktes Offshoring abgewickelt.

Der Fokus auf das sog. »related party lending« in intransparenten Firmenstrukturen gekoppelt mit der regionalen Konzentration auf die Ostukraine birgt aus regulatorischer Sicht folgenschwere betriebswirtschaftliche Klumpen- bzw. Konzentrationsrisiken, während Offshoring-Aktivitäten in Anbetracht der ukrainischen Kapitalverkehrsbeschränkungen zu Kapitalflucht beitragen können. Zudem kann exzessives »related party lending«, vor allem wenn von der größten Bank eines Landes betrieben, volkswirtschaftlich eine suboptimale Kapitalallokation fördern bzw. es werden ökonomisch nicht rationaler Kreditentscheidungen getroffen und intransparente Wirtschaftsstrukturen gefördert.

Der ukrainische Bankensektor steht derzeit unter massivem Anpassungsdruck in Bezug auf die Geschäftspraktiken (v. a. das »related party lending«) und regulatorische Anforderungen (etwa in Bezug auf die Kapitalausstattung). Diesem Anpassungsdruck, ausgehend vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der ukrainischen Notenbank (Nationalbank der Ukraine – NBU), war die Privatbank in Bezug auf mehrere Dimensionen – wie auch viele andere Marktakteure in den letzten Jahren – nicht gewachsen. In den letzten zwei bis drei Jahren wurden fast 100 Banken in der Ukraine geschlossen,

2015 mit der Delta Bank auch ein größeres Kreditinstitut und von Januar 2016 bis Mitte Februar 2017 wurden 16 Banken geschlossen und weitere vier haben sich selbst liquidiert.

Für die Privatbank wurden mehrere Umstrukturierungspläne mit der NBU vereinbart, der letzte umfassende (inkl. einer Rekapitalisierungs-Vereinbarung) im Februar 2016. Nach jüngsten Angaben der NBU war die Privatbank hier deutlich im Verzug. Insofern war die Privatbank-Verstaatlichung letztendlich aus regulatorischer Sicht – obwohl von Teilen des Privatbank-Managements zunächst als »feindliche Übernahme« bezeichnet – nur konsequent und im Einklang mit der Stoßrichtung des aktuellen Abkommens mit dem IWF und weiteren Unterstützern. Die nachhaltige Stabilisierung, Rekapitalisierung und Reformierung des Bankensektors (einschließlich Überwachung und Reduzierung von »related party lendings«) wird vom IWF und anderen Unterstützern (etwa der EU, anderen G7 Staaten oder der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EBWE) als Voraussetzung für nachhaltige gesamtwirtschaftliche Perspektiven gesehen.

Zeitpunkt und Ablauf der Verstaatlichung

Die Privatbank-Verstaatlichung über das Wochenende in einer eher ruhigen Kalenderperiode kurz vor Jahresende (und damit wichtigen Bilanzstichtagen) und im Zusammenspiel mit umfassenden vertrauensbildenden Schritten entspricht prinzipiell internationalen Marktstandards. Zu den vertrauensbildenden Maßnahmen gehörten eine 100 % Garantie der Privatbank-Einlagen durch den Staat (ein Privileg, das bisher nur die Oschadbank hatte) oder öffentliche vertrauensbildende Stellungnahmen relevanter politischer Akteure und der NBU. Auch das rasche Einbringen von staatlichem Kapital über das Finanzministerium, welches dann einen Übergang der Eigentümerschaft begründet, sowie die Bereitstellung neuer Notenbankrefinanzierungslinien entsprechen internationalen Standards.

Die Verstaatlichung erfolgte nachdem sich zuvor Gerüchte am Markt, in der Presse und in sozialen Medien über eine angespannte Liquiditätssituation der Privatbank deutlich intensivierten und zugleich heftige Abflüsse von Geldeinlagen bei der Privatbank zu beobachten waren. Diese waren an einzelnen Tagen höher als zuvor in gesamtwirtschaftlichen Krisenzeiten. Solche teils von Gerüchten und Falschinformationen genährte Prozesse sind per se nicht unüblich im Vorfeld von Bankenpleiten. Im spezifischen Kontext der Ukraine gab es in der Öffentlichkeit und in Branchenkreisen (einschließlich Vertretern des Managements der Privatbank) natürlich auch Spekulationen, dass eine gezielte Stimmungssattekke gegen die Bank ins Rollen gebracht wurde.

Letztendlich suchten die Mehrheitseigentümer der Privatbank dann nach Gesprächen mit der Staatsführung und NBU formell um eine staatliche Übernahme an.

Möglichst rasch wurden personelle Umstrukturierungen angegangen und schon am 23. Dezember ein neuer Aufsichtsrat geformt. Dieses Leitungsgremium besteht nun aus sieben Personen, fünf Repräsentanten des IWF, der EBWE, der Weltbank und des Finanzministeriums sowie zwei unabhängigen Bankfachleuten und Krisenmanagern (einer davon wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden bestellt). Zuvor bestand der Aufsichtsrat aus drei Personen, zwei davon die vorigen Mehrheitseigentümer. Angesichts zunehmender Verdachtsmomente bei der Bewertung von Kreditsicherheiten wurde unlängst auch ein neuer Wirtschaftsprüfer bestellt. Prinzipiell verpflichteten sich die bisherigen Mehrheitseigentümer konstruktiv bei der Umstrukturierung der Privatbank mitzuwirken, was sich vor allem auch die Großkundenkredite gegenüber ihnen teils nahe stehenden Entitäten bezieht. Wie diese Verpflichtung tatsächlich umgesetzt wird ist derzeit unklar.

Der Zeitpunkt der Verstaatlichung passt zu den langfristigen Entwicklungstrends des ukrainischen Banksektors. Die Privatbank bzw. ihre Eigentümer konnten oder wollten regulatorischen Forderungen (v. a. auch der Rekapitalisierung) nicht nachkommen; andere wichtige Mitwettbewerber haben dies getan, teils auch mit Hilfe internationaler Geldgeber (wie der EBWE). Mit der Verstaatlichung bleibt auch der insgesamt positive Blick externer Unterstützer auf die Bankenreform bestehen.

Gleichzeitig ist beachtenswert, dass die Verstaatlichung der Privatbank aber auch erst erfolgte nachdem in den letzten Monaten umfassende Informationen über die wahre Dimensionen der intransparenten Geschäftsaktivitäten im »related party lending« an die (internationale) Öffentlichkeit gelangten. Zudem ist hier von Interesse, dass gerade im Herbst 2016 der politische Druck auf die NBU nochmals besonders groß wurde, da es Gesetzesinitiativen gab ihre Unabhängigkeit einzuschränken. Allerdings wurden in 2016 auch wichtige Schritte zur Korruptionsbekämpfung gemacht und es war immer klar, dass in diesem Zusammenhang auch die spezifischen »related party lending« Praktiken im Bankensektor angegangen werden. Zudem wurde innerhalb der NBU in den letzten Jahren viel Personal ausgetauscht, ein Prozess der die Unabhängigkeit der NBU stärkte. Insofern ist die Privatbank-Verstaatlichung zum jetzigen Zeitpunkt klar als Teil eines länger angelegten politischen Prozesses zu sehen.

Einerseits hätten das problematische Geschäftsmodell der Privatbank und für den Wettbewerb im Bankensektor schädliche aggressive Geschäftspraktiken bereits früher regulatorische Einschränkungen der Privatbank

gerechtfertigt, andererseits war die Privatbank-Verstaatlichung wohl erst jetzt ohne Kollateralschaden möglich war. In den letzten zwei Jahren wurden große Teile des Bankensektors reformiert (inklusive Kapitalerhöhungen), wodurch nun andere Kreditinstitute schockresistenter sind und sich die Refinanzierungs- und Ertragslage im Bankensektor allgemein 2016 stabilisiert hat. Zudem erfüllt die Ukraine bis dato die meisten harten ökonomischen Auflagen des IWF-Beistandsabkommens und die Devisenreserveposition ist weniger kritisch als noch vor ein oder zwei Jahren. Somit hat sich die Risikowahrnehmung am internationalen Finanzmarkt leicht verbessert und es wurde eine gewisse Erwartungs- und Marktstabilität – auch auf dem heimischen Devisenmarkt – erreicht. Daher war nun das Risiko geringer, dass die Privatbank-Verstaatlichung eine Banken-, Währungs- und Vertrauenskrise auslösen könnte.

Insofern ist die Verstaatlichung in gewisser Weise auch der Kulminationspunkte der länger angelegten Umstrukturierung des Bankensektors. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die Privatbankthematik eine Teilvereinbarung, zumindest informellerer Natur, zur Genehmigung weiterer IWF-Zahlungen war. Zudem stärkt die Privatbank-Verstaatlichung die Rolle der eher reformorientierten NBU in Bezug. So konnten etwa nach der Privatbank-Verstaatlichung (und damit einem geringeren Risiko dubioser Transaktionen) einige Devisenmarktrestriktionen für andere ukrainische Banken – ohne negative Wechselkursfolgen – gelockert werden.

Zu groß und zu vernetzt um zu fallen

Prinzipiell gab es keine Alternative zur Verstaatlichung. Im Februar 2016 (als der letzte umfassende Restrukturierungszeitplan mit der Privatbank vereinbart wurde) erklärte die NBU drei Banken in der Ukraine (Privatbank, Oschadbank und Ukreximbank) zu sogenannten systemisch wichtigen Banken. Mit diesem Status gehen erhöhte regulatorische Anforderungen einher; aber selbstverständlich auch eine gewisse behördliche Verantwortung. Zudem ist die Privatbank in Bezug auf die Bilanzsumme eben die größte Bank der Ukraine.

Dementsprechend ist ihre Vernetzung und gesamtwirtschaftliche Bedeutung immens. Die Privatbank betreibt mit etwa 25.000 Mitarbeitern ca. 2.500 Filialen und über 7.500 Geldautomaten in der Ukraine. Damit ist das Kreditinstitut auch eine Säule im nationalen und internationalen Zahlungsverkehr der Ukraine. Etwa 50 % aller Transaktionen im nationalen Zahlungsverkehr werden unter Einbezug der Privatbank abgewickelt. Auf der Einlagenseite hat die Privatbank insgesamt einen Marktanteil von 20 % bis 30 %. Die Privatbank hat etwa 20 Millionen eigene Kunden, darunter fast 5 Millionen aus einkommensschwachen Teilen der ukraini-

schen Bevölkerung. In Teilsegmenten des Privatkundenmarktes hat die Privatbank sogar Marktanteile von fast 50 %, während die jeweils stärksten Mitbewerber »nur« auf 5 % bis 18 % kommen.

Das immense Einlagevolumen wurde teils durch sehr attraktive Konditionen – deutlich über denen von größeren Wettbewerbern mit einem klassischen Geschäftsbankenmodell – angeworben. Die (vermeintlich) attraktiven Einlagekonditionen deuteten zwar auf gewisse bankspezifische Risiken hin, doch haben sich viele Einleger wohl auf eine implizite Staatsgarantie, begründet durch die Größe der Bank und den Status der Privatbank als Systembank, verlassen. Wobei zu betonen ist, dass die Privatbank es auch verstanden hat sich mit aus Kundensicht attraktiven Bankdienstleistungen, Zusatzangeboten und digitalen Innovationen als attraktive Privatkundenbank zu positionieren. Das durchaus renommierte internationale Fachmagazin »The Banker« prämierte die Privatbank sogar noch in 2016 als »Bank des Jahres in der Ukraine«, wobei die Privatbank 2015 und 2016 auch einige weitere Branchenauszeichnungen erhielt.

Kritische Beobachter hatten die Privatbank indes schon lange als »Staubsauger« für Privatkundeneinlagen ukrainischer Kleinsparer bezeichnet, die dann in das intransparente Firmennetzwerk der Privat-Gruppe eingebracht wurden. Etwa 80 % der Gesamteinlagen der Privatbank kamen von Privatkunden, während 85 % der Kredite an Firmenkunden und (vor allem von der Privat-Gruppe betriebenen) Briefkastenfirmen vergeben wurden. Prinzipiell war die Privatbank damit das Herzstück der Privat-Gruppe. Letztere war nie eine juristisch definierte und transparente juristische Entität und ist (mit Beteiligungen in den Bereichen Schwerindustrie, Energie und Medien) seit Jahren eines der größten Oligarchen-Konglomeraten in der Ukraine und der GUS-Region insgesamt. Ökonomisch gesprochen war die Privatbank damit eher ein äußerst intransparenter risikoorientierter Private-Equity Fonds mit internationalen Offshoring-Aktivitäten (wichtige Auslandsstandorte der Privatbank waren v. a. Zypern, Lettland, Russland, Italien und Portugal), finanziert durch ukrainische Kleinsparer und abgesichert über eine (implizite) Staatsgarantie.

Die nun vollzogene Verstaatlichung kann man den verantwortlichen Akteuren nicht prinzipiell vorhalten. Es ist vielmehr zu fragen, warum ein Kreditinstitut wie die Privatbank mit einem solchen Geschäftsmodell eine systemische Dimension erlangen konnte. Wobei auch einige internationale Akteure (Ratingagenturen, andere Banken) lange eine zu optimistische Sicht auf die Aktivitäten der Privatbank hatten – oder eben auf eine staatliche Stützung setzten.

Unmittelbare und mittelbare Implikationen

Die unmittelbaren finanziellen Implikationen der Verstaatlichung sind immens. Zur Stützung der Privatbank sind gemäß aktuellem Kenntnisstand etwa 140–150 Mrd. Griwnja bzw. 4,5 bis 5,5 Mrd. US-Dollar notwendig. Diese Summe übertrifft das für die kommende Jahre im IWF-Programm als Zielparameter vereinbarte gesamtstaatliche Haushaltsdefizit für die nächsten Jahre. Die zur Verstaatlichung notwendigen Gelder sind allerdings in den Staatshaushalt integrierbar, da zunächst vor allem eine Refinanzierung durch staatliche Lokalwährungsanleihen bzw. auf dem lokalen Markt (inklusive der NBU) notwendig ist und hier schon großvolumige und lange laufende Anleihen emittiert wurden. Auf dem lokalen Finanzmarkt herrschen derzeit gute Refinanzierungsmöglichkeiten vor, da die verbliebenen Kreditinstitute in der Ukraine tendenziell überliquide sind (d. h. über deutlich mehr Einlagen verfügen, als sie derzeit im Kreditgeschäft verwendbar).

Allerdings sind die zur Stabilisierung der Privatbank notwendige Summen substantiell in Relation zu den Gesamtaktiva der Privatbank (in der Ukraine), die sich in den letzten Jahren auf »nur« etwa 11 bis 12 Mrd. US-Dollar beliefen. Angesichts der Verstaatlichung und der notwendigen Summen zur Stabilisierung der Privatbank ist es auch konsequent, dass verbliebende internationale institutionelle Anleihegläubiger der Bank über einen sog. »Bail-in« bzw. das Abschreiben ihrer Anleihen im Nominalwert von ca. 600 Mio. Millionen einen gewissen Beitrag zur Sanierung der Bank machen müssen – zumal viele dieser Investoren äußert spekulative Akteure sind, denen die Risiken der internationalen (Re-)Finanzierung der Privatbank spätestens seit der Umschuldung von internationalen Anleihen 2015 offensichtlich bekannt waren und zumal der »Bail-in« im Einklang mit ukrainischem (Einlagensicherungs-)Recht steht.

Herkulesaufgabe Restrukturierung und Re-Privatisierung

Internationale Geldgeber und Partner der Ukraine (IWF, EU, EBWE) haben in ersten Stellungnahmen die Verstaatlichung der Privatbank als positiven Schritt zur Sicherung der Finanzstabilität und für die Reformperspektiven des Landes bewertet. Es ist aber derzeit noch nicht abzusehen, inwiefern die Privatbank-Verstaatlichung zu einem nachhaltigen gesamtwirtschaftlichen Reformprozess beitragen kann. Durch die engen Verflechtungen der Privatbank mit weiteren Aktivitäten der Privat-Gruppe stehen in den kommenden Monaten oder auch Jahren viele Vermögenswerte in der Ukraine zur Disposition.

Perspektivisch ist nun wichtig, dass bei der Umstrukturierung und Teilabwicklung der Privatbank nicht

der Eindruck einer erneuten Vermögens- und Wirtschaftsmachtumverteilung »traditioneller ukrainischer Spielart« innerhalb enger Kreise der ukrainischen Wirtschaftselite entsteht. Zudem darf die eventuell anstehende juristische Aufarbeitung der Privatbank-Aktivitäten nicht von Partikularinteressen geprägt sein oder wichtige Aspekte vorsätzlich ausblenden. Zudem gilt zu beachten, dass es in der Ukraine mit der International Investment Bank (MIB), der KredytDnipro Bank und der First Ukrainian International Bank immer noch mindestens drei größere Banken (mit etwa 7 % bis 8 % Marktanteil) gibt, die wichtigen Personen des öffentlichen Lebens bzw. Oligarchen (inklusive dem Präsidenten) nahe stehen. Für eine glaubwürdige Umstrukturierung des ukrainischen Bankensektors ist es damit entscheidend, dass auch diese Banken im regulatorischen Fokus bleiben und nun nicht attraktive Teile der Privatbank günstig bei diesen Banken landen. Insofern ist es auch etwas überraschend, dass die NBU unlängst erklärte, dass die Restrukturierung im Bankensektor nun größtenteils abgeschlossen wäre.

Nach der Privatbank-Verstaatlichung befinden sich nun knapp 50 % des Bankensektors in Staatseigentum; zuvor waren es 20 % bis 25 %. Dies birgt vor dem Hintergrund der institutionellen Rahmenbedingungen in der Ukraine mittelfristige Risiken. Hier wäre vor allem das Risiko einer Rückkehr zu »related party lending« Praktiken zu nennen bzw. so könnten insgesamt massive Marktverzerrungen entstehen. Daher sollte der nun sehr hohe Staatsanteil im Bankensektor nicht unbegrenzt aufrechterhalten werden.

Allerdings ist eine Re-Privatisierung unter Beteiligung einer größeren westeuropäischen bzw. nicht-russischen Auslandsbank in den kommenden Jahren kaum realistisch. Viele westeuropäische Banken haben in den letzten Jahren eher negative Erfahrungen in der Ukraine gemacht bzw. bewusst den ukrainischen Markt verlassen; letzteres auch unter Akzeptanz teils erheblicher Verluste. Noch verbliebene Akteure beschränken sich auf eng abgegrenzte Geschäftsfelder bzw. verfolgen sog. »Nischenspieler«-Strategien. Daher ist mittelfristig eher eine Kapitalbeteiligung von relevanten internationalen Finanzorganisationen an der Privatbank realistisch, worauf in einem optimistischen Restrukturierungsszenario (bei gesamtwirtschaftlicher Stabilität) dann in vier bis sechs Jahren eine (Teil-)Privatisierung folgen könnte. Am wahrscheinlichsten erscheint in einem solchen Fall entweder eine Rückführung in ukrainische (Teil-)Eigentümerschaft, während eine Beteiligung einer Auslandsbank eher unwahrscheinlich ist bzw. hier in Abhängigkeit der politischen Großwetterlage noch russische oder als spekulative Option etwa chinesische Kreditinstitute in Frage kommen würden. Dabei ist auch zu beachten,

dass mit der Oschad- und Ukreximbank schon zwei weitere größere Kreditinstitute in staatlicher Eigentümerschaft ebenfalls (teil-)privatisiert werden sollen. Damit gibt es einen Käufermarkt (mit ungünstigen Bedingungen für den Verkäufer) für Bankbeteiligungen in der Ukraine, während Investoren eher an kleineren Entitäten wie der Oschad- und Ukreximbank interessiert sein könnten. Dies bedeutet, dass große Teile der Privatbank wohl abgewickelt werden müssen.

Die anstehende umfassende Restrukturierung und dann denkbare Re-Privatisierung der Privatbank sind beides gesamtwirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und politisch gesehen Herkulesaufgaben. Relevante Akteure müssen beweisen, dass eine entschlossene, professionelle

und transparente Umstrukturierung und Teilabwicklung der Privatbank vollzogen wird. Der Bevölkerung wäre es kaum vermittelbar, wenn über die bisherigen Summen hinaus weitere substanzielle Mittel zur Sanierung der Privatbank aufgebracht werden müssen bzw. deutlich würde, dass die bisherigen Mehrheitseigentümer viele ihrer wirtschaftlichen Probleme dem ukrainischen Steuerzahler übergeben haben. Auch wäre es kaum vermittelbar, wenn es in Teilbereichen zu einer für Einzelpersonen lukrativen Zerschlagung kommt. Was für die Bevölkerung gilt, gilt gleichermaßen für wichtige Kooperationspartner der Ukraine wie etwa IWF, Weltbank, EU und EBWE.

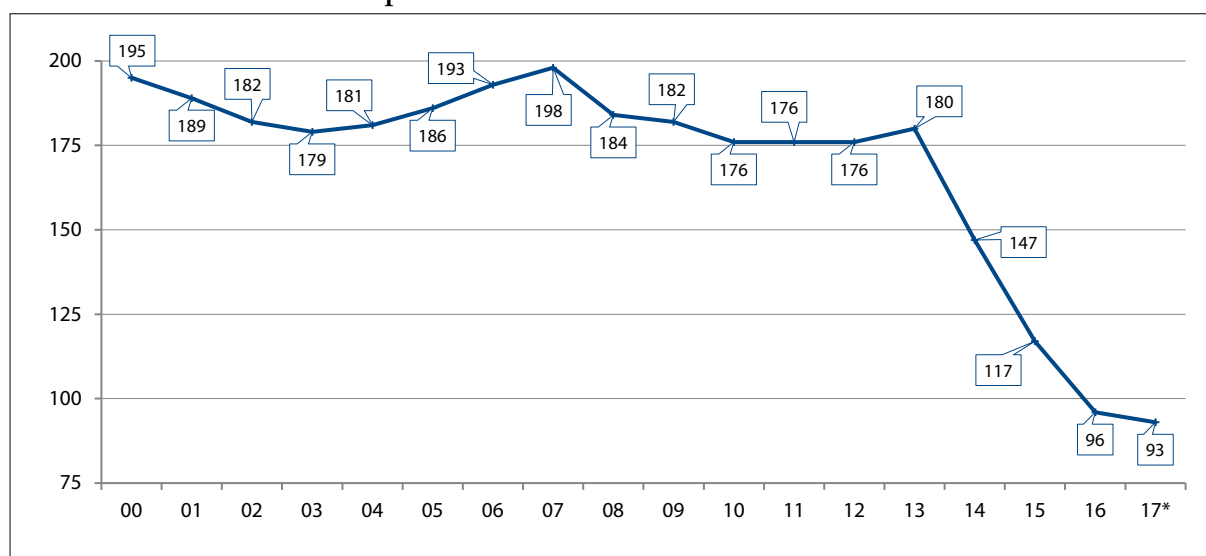
Über den Autor

Gunter Deuber leitet die Abteilung Volkswirtschaft und Bankenmarkt- bzw. Wettbewerberanalyse bei der auf Osteuropa fokussierten Raiffeisen Bank International (RBI) AG in Wien. Die RBI-Tochter Raiffeisen Bank Aval (mit Kapitalbeteiligung der EBWE) ist eine der größten Auslands- und Geschäftsbanken in der Ukraine. Der vorliegende Beitrag gibt die Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

STATISTIK

Die Privatbank und der ukrainische Bankensektor

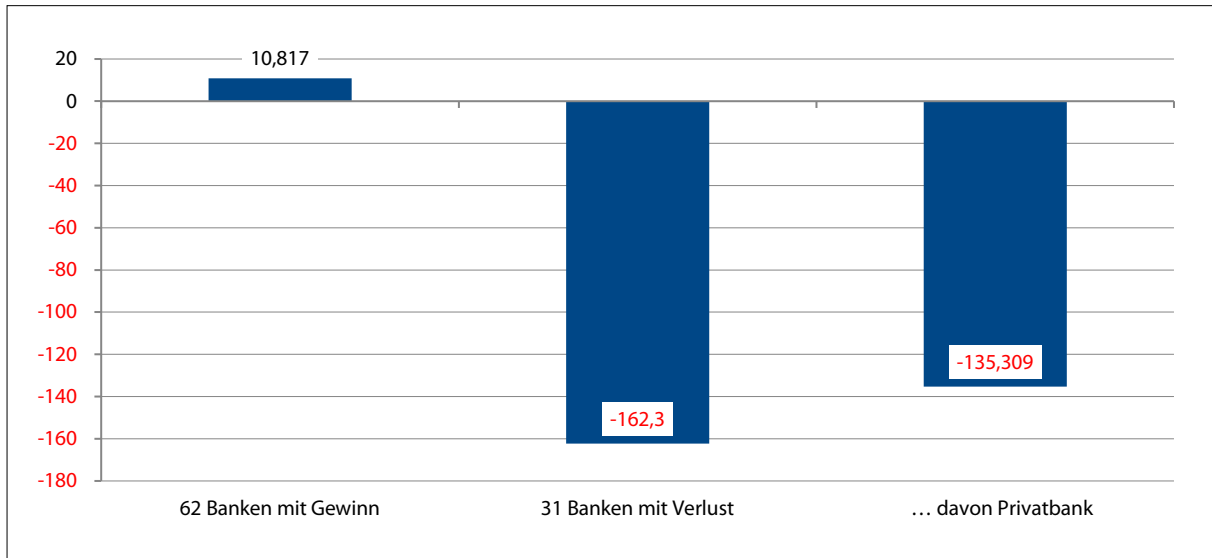
Grafik 1: Ukraine: Anzahl operierende Banken



* Januar 2017

Quelle: NBU, RBI/Raiffeisen RESEARCH

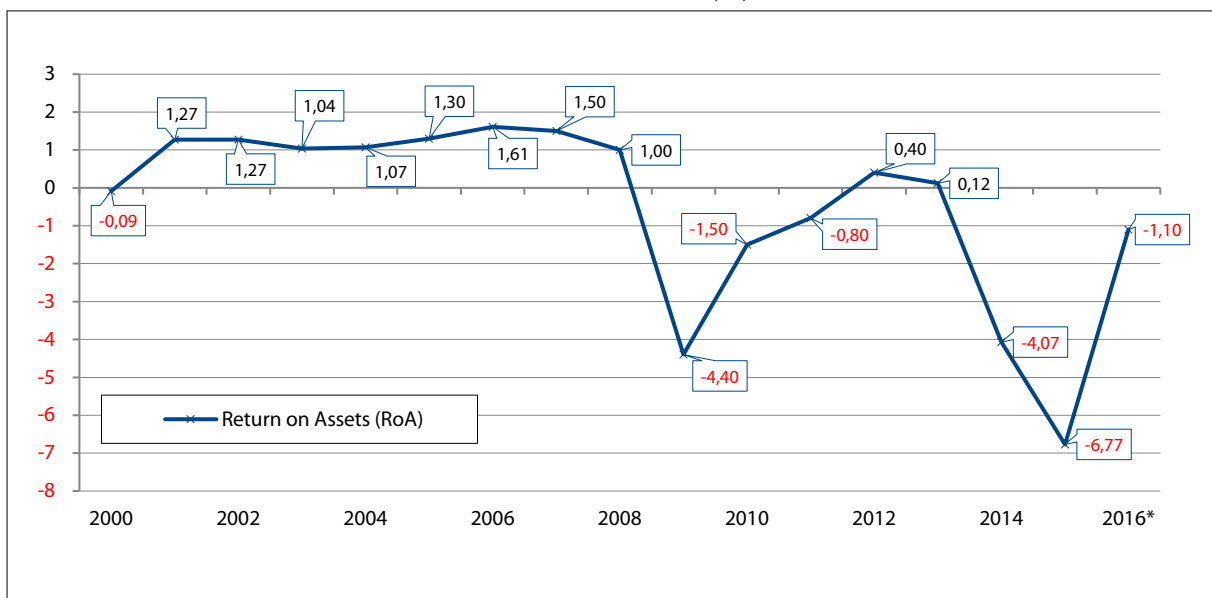
Grafik 2: Ukraine: Profitabilität Bankensektor 2016 (Milliarden UAH, nach Steuern)*



* Daten für das Gesamtjahr 2016

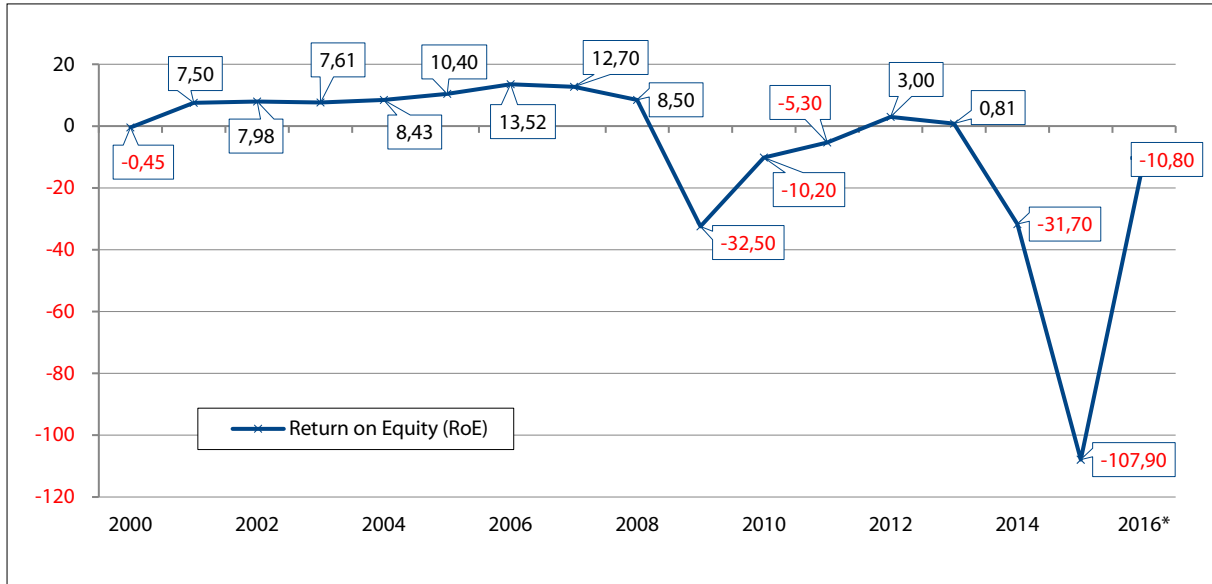
Quelle: NBU, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 3: Profitabilität: Gewinn in Relation zu Aktiva (%)



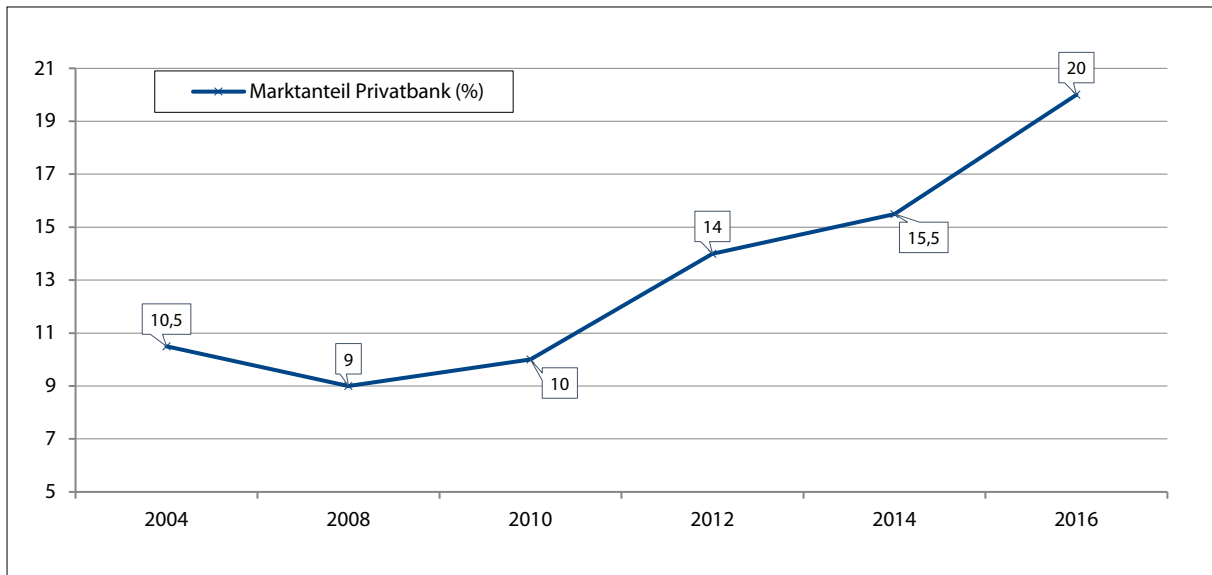
* Ohne Effekte bzw. Verluste der Privatbank-Verstaatlichung (Daten für Q3 2016)

Quelle: NBU, RBI/Raiffeisen RESEARCH

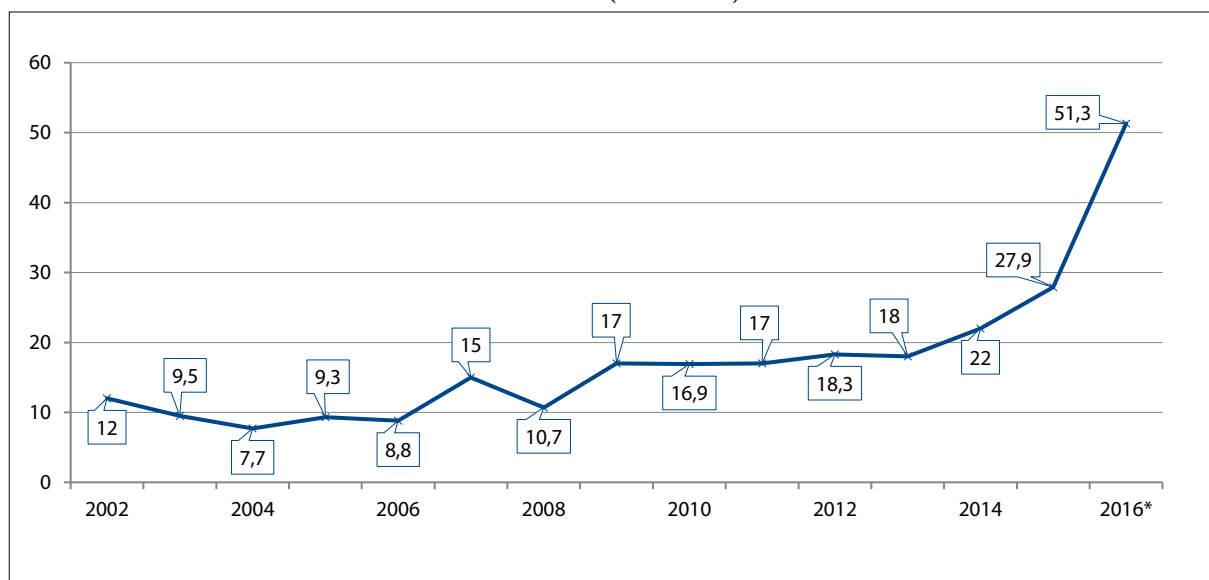
Grafik 4: Profitabilität: Eigenkapitalrentabilität (%)

* Ohne Effekte bzw. Verluste der Privatbank-Verstaatlichung (Daten für Q3 2016)

Quelle: NBU, RBI/Raiffeisen RESEARCH

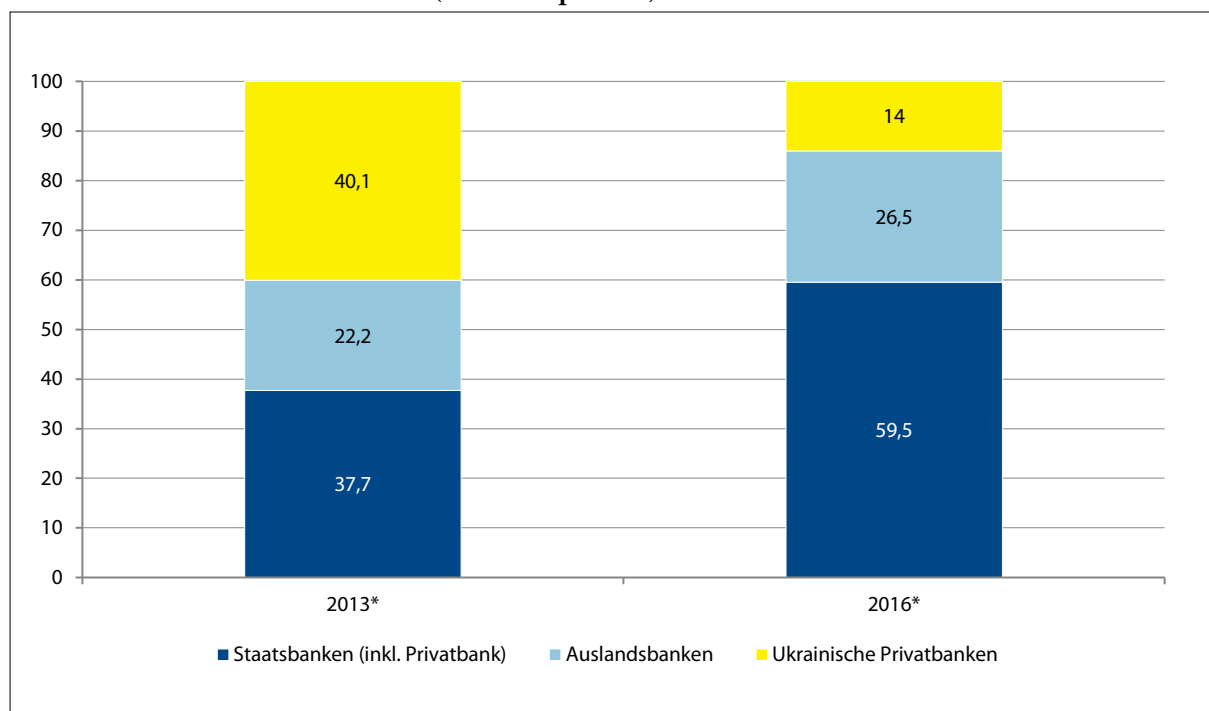
Grafik 5: Marktanteil Privatbank (%)

Quelle: NBU, Firmendaten, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 6: Ukraine: Marktanteil Staatsbanken (% Aktiva)

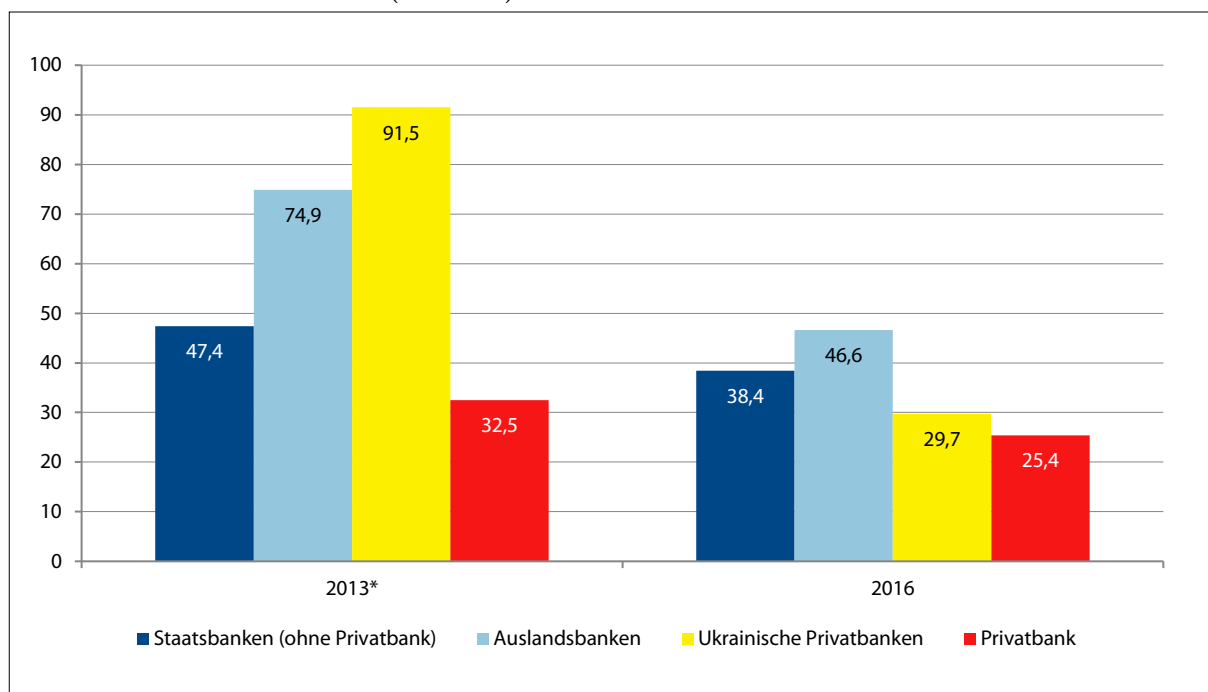
* Inklusive der Privatbank-Verstaatlichung im Dezember 2016

Quelle: NBU, Firmendaten, RBI/Raiffeisen RESEARCH

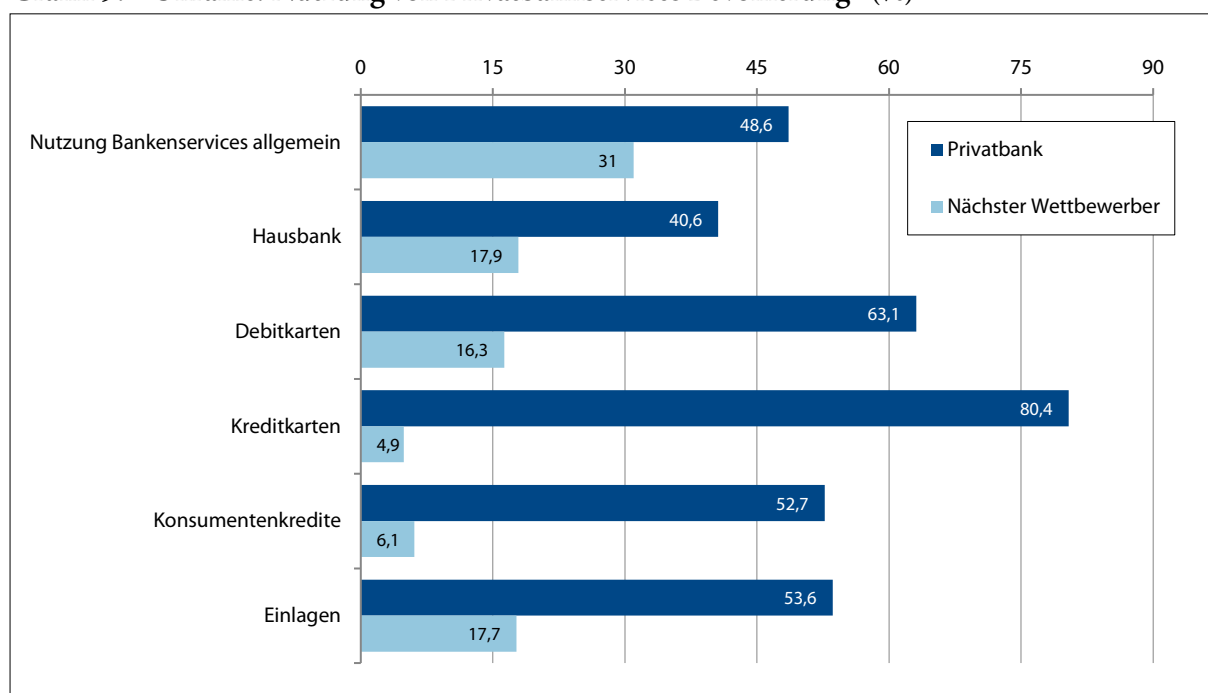
Grafik 7: Ukraine: Marktanteile (% der Depositen)

* 2013 Privatbankanteil von 24,4 % zu Staatsbanken (ca. 13 %) dazugerechnet, 2016 macht der Privatbankanteil 34,4 % aus, der anderer Staatsbanken 25,1 %

Quelle: NBU, Firmendaten, RBI/Raiffeisen RESEARCH

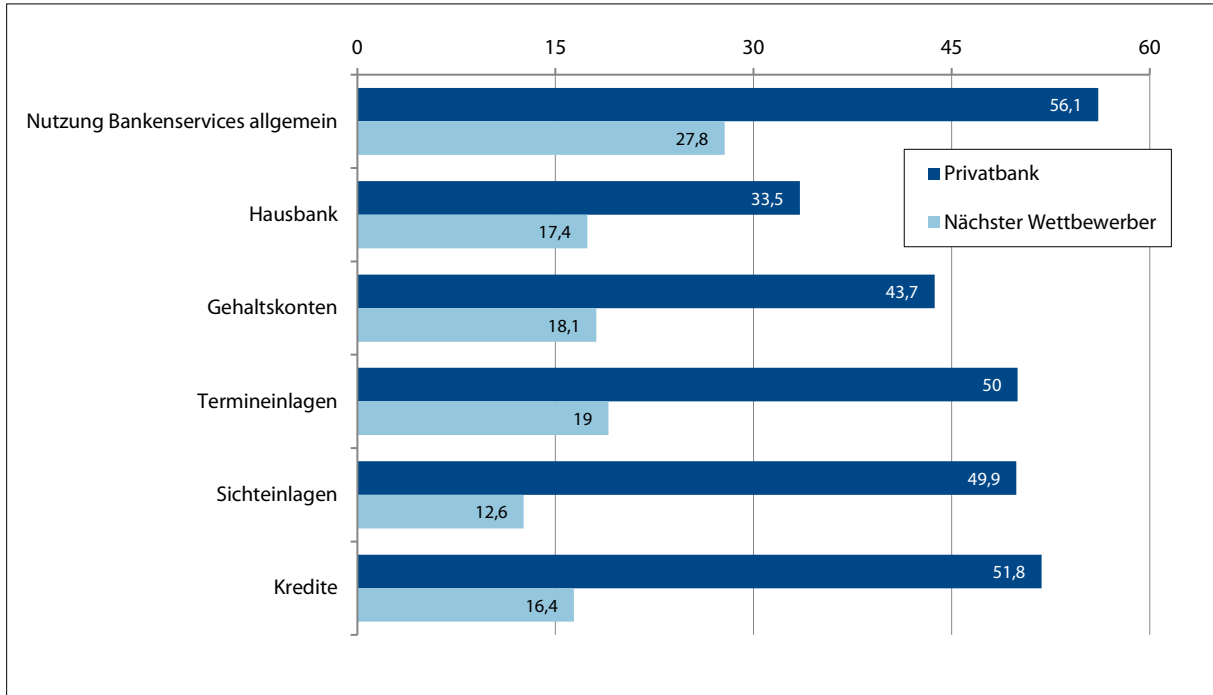
Grafik 8: Mitarbeiteranzahl (Tausend)

Quelle: NBU, Firmendaten, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 9: Ukraine: Nutzung von Privatbankservices Bevölkerung* (%)

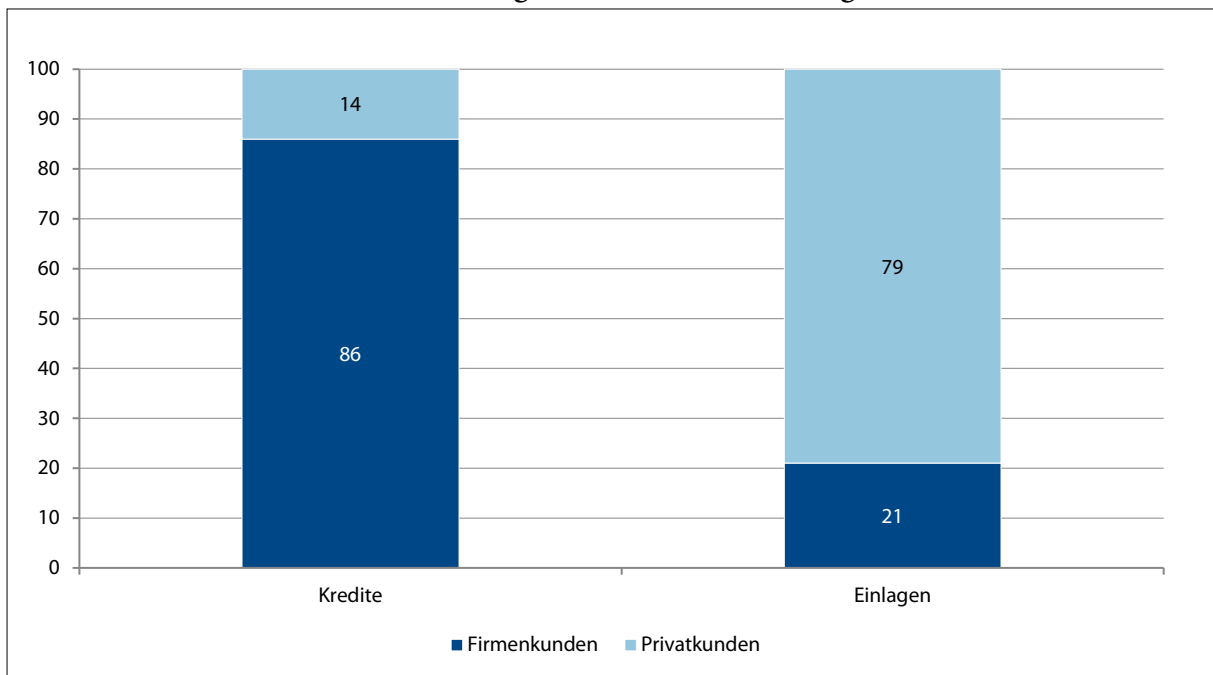
* Daten für Q1 2016; % aller Teilnehmer der Befragung

Quelle: GfK Ukraine, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 10: Ukraine: Nutzung von Privatbankservices Firmenkunden* (%)

* Daten für Q1 2016; % aller Teilnehmer der Befragung

Quelle: GfK Ukraine, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 11: Privatbank: Anteil Kundensegmente Kredite und Einlagen (%)

Quelle: Firmendaten, RBI/Raiffeisen RESEARCH; Daten für Q3 2016

Eine Superstaatsbank: PrivatBank wurde verstaatlicht. Was kommt als nächstes?

Von Mykhaylo Demkiv (ICU Asset Management, Kiew)

Zusammenfassung

Der Staatsanteil am ukrainischen Bankensektor ist seit 2014 gestiegen, als die sogenannte Marktberei- nigung begann. Mit der Privatisierung der PrivatBank ist er auf über 50 % angewachsen. Dieser Artikel ana- lysiert, was von dieser Entscheidung zu halten ist, was sie für Auswirkungen haben kann und was der Staat mit der PrivatBank tatsächlich anfangen kann.

PrivatBank in Staatsbesitz

Einerseits ist mit der Verstaatlichung der Privatbank eine Stabilisierung des Bankensystems erreicht wor- den, so dass nicht mehr ein Großteil der Zahlungs- infrastruktur von den Anteilseignern einer kommer- ziellen Bank abhängt. Andererseits hat man sich mit der Lösung des Problems einer *too big to fail*-Bank das Problem einer *too big to sell*-Bank eingehandelt. Ist der Plan, die PrivatBank mit der ebenfalls verstaat- lichten Oschadbank zu fusionieren, umgesetzt, kann der neugeschaffene Bankenriese nicht mehr verkauft werden, ohne das Risiko in Kauf zu nehmen, die Kon- trolle über das Herz der ukrainischen Wirtschaft in private Hände zu legen. Zudem ist die Fusionierung von Banken eine hochkomplizierte und langwierige Angelegenheit. Ein gutes Beispiel dafür ist die Fusion von Ukrsotsbank und UniCredit, die fast drei Jahre gedauert hat.

Too big to sell

Die herausragende Bedeutung der PrivatBank für die Zahlungsinfrastruktur war ein entscheidender Faktor, der dazu führte, dass die Bank verstaatlicht und nicht abgewickelt wurde. Etwa die Hälfte der Bankkarten mit Zahlfunktion und der Geldautomaten in der Ukraine gehören der PrivatBank. Ihre Verstaatlichung führte dazu, dass 74 % aller ausgegebenen Bankkarten zu einer in staatlichem Besitz befindlichen Bank gehören. Der Anteil der staatlichen Banken an den Geldautomaten und Bankfilialen im Land beträgt 77 % beziehungs- weise 60 %.

Dass diese Zahlen zurückgehen werden, ist nicht gesagt. Schafft es der Staat, diese Infrastruktur eini- germaßen angemessen zu managen – Anläufe zu einem technischen Durchbruch bei der Oschadbank geben Anlass zu Optimismus –, wird das den Kundenzulauf zu den Diensten der vier staatlichen Banken begün- stigen. In der Vergangenheit errichtete administrative Hürden, die weiteres Wachstum behindert haben, stel- len für die PrivatBank offensichtlich keine Bedrohung mehr dar. Indem sie nun zu hundert Prozent staatlich

ist, kann sie Empfängern von Sozialleistungen und Renten ihre Dienste unkompliziert anbieten und, so scheint es, auch wieder den Status der Verwalterin des Einlagensicherungsfonds einnehmen, den sie de facto verloren hatte.

Gleichzeitig entsteht mit Plänen für den Verkauf dieser Riesenbank ein neues Problem. Aus offensicht- lichen Gründen enthalten die vor knapp einem Jahr verabschiedeten »Prinzipien zur strategischen Reform des staatlichen Bankensektors« keine spezifischen Pläne für den Verkauf der PrivatBank. Das Dokument geht jedoch »aufgrund möglicher Veränderungen von einer weiter wachsenden staatlichen Beteiligung am Ban- kensektor des Landes« aus und lässt die Absicht erken- nen, den Anteil des Staates durch einen teilweisen oder kompletten Verkauf der größten Bank zu reduzieren. In den nächsten zwei bis vier Jahren werden die priva- ten Banken aber kaum in der Lage sein, mit der Pri- vatBank gleichzuziehen, was die Zahl von Bankkarten und Geldautomaten angeht. Der Verkauf der Privat- Bank in ihrer derzeitigen Form brächte das Risiko mit sich, dass der Markt durch die neuen Besitzer mono- polisiert würde.

Das ist sowohl für die Infrastruktur als auch für die Ressourcenausstattung relevant, da 36 % der priva- ten ukrainischen Geldeinlagen bei der PrivatBank lie- gen. Derzeit legt sich die Panik wieder, die die Medien mit der Meldung ausgelöst haben, dass nach Einfüh- rung der staatlichen Übergangsverwaltung täglich 2 Mrd. Hrywnja an den Geldautomaten der Privat- Bank abgehoben wurden (wie sich herausstellte, liegt der übliche Betrag bei 1,3 Mrd. Hrywnja). Die meis- ten Einlagen werden also bei der Bank bleiben, was weitere Risiken für deren mögliche künftige Privati- sierung bedeutet.

Die Aussicht auf eine Fusion von Oschadbank und PrivatBank, die seit der Verstaatlichung diskutiert wird, senkt die Wahrscheinlichkeit einer Entstaatlichung beider Institutionen. Die Abgabe der Kontrolle über einen solchen Bankenriesen ist eine Frage der nationa- len Sicherheit und wird daher wohl ausgesetzt werden.

In der Zwischenzeit kontrolliert weiterhin der Staat die Bank und es ist kaum vorstellbar, dass eine andere Bank mit dem Marktanteil eines solchen Bankenriesen mithalten kann.

Lord of the Rates

Als Folge dieser Situation kann das Finanzministerium nun die Zinssätze stärker beeinflussen. Einer der beiden Gründe, warum es der PrivatBank gelungen ist, so viele private Geldeinlagen anzuziehen, sind ihre Nutzerfreundlichkeit, ihre Flexibilität und ihr großes Niederlassungs- und Automatenetz. Genauso wichtig waren ihre hohen Zinssätze, die oftmals einige Prozentpunkte über dem Marktdurchschnitt lagen. Nachdem die Hochrisikobanken, wie Delta, Finance und Credit, samt ihrer hohen Zinssätze im Zuge der Marktberreinigung verschwanden, blieben nicht viele Optionen für hohe Zinssätze. Grundsätzlich hatte die PrivatBank eine paradoxe Situation geschaffen, in welcher sie als Marktführer im Bankensektor einen Aufschlag auf den durchschnittlichen Preis für Bankeinlagen zahlte. In einigen Nachbarländern der Ukraine, etwa Polen, Ungarn oder Russland, halten die jeweiligen Marktführer 20 % bis 43 % der Geldeinlagen, während ihre Zinssätze merklich unter dem Marktdurchschnitt liegen. Die Bankkunden sind hier zugunsten der Sicherheit der größten und verlässlichsten Finanzinstitution ihres Landes bereit, auf höhere Zinsen zu verzichten.

Da das ukrainische Finanzministerium nun mehr als die Hälfte des Bankensystems kontrolliert, kann es versuchen, der Nationalbank der Ukraine (NBU) bei der schrittweisen Senkung ihrer Zinssätze zu helfen. Natürlich obliegt die direkte Leitung jeder in Staatsbesitz befindlichen Bank einem unabhängigen Vorstand. Als Anteilseigner wird der Staat jedoch auf eine solche Senkung hinarbeiten, da sie die Refinanzierung der öffentlichen Schulden zu einem niedrigeren Preis befördert.

Derzeit genießen PrivatBank und Ukreximbank eine hundertprozentige staatliche Garantie für private Einlagen, ein Vorteil, der bisher nur der Oschadbank gewährt wurde. Letztere ist jedoch nach wie vor nicht Teil des Einlagensicherungssystems und leistet daher auch keine Zahlungen an den Einlagensicherungsfond. Die staatliche Garantie soll die Zweifel vorsichtiger Sparer zerstreuen, die lieber auf Nummer sicher gehen. Natürlich zielt eine solche Maßnahme aber vor allem auf eine Verbesserung der Reputation der Banken ab, soll Panik unter den Sparern abbauen und die Liquidität aufrechterhalten. Allgemein gesprochen gleicht sie einer Atomwaffe – niemand nimmt die Idee ihrer Anwendung ernst, sie beruhigt aber ihre Besitzer.

Weil sie Marktmechanismen verzerrt, indem sie Geldeinlagen künstlich zu den staatlichen Banken lenkt, schadet die Garantie mittelfristig mehr als dass sie nutzt. Die durch sie entstandene Situation kann kaum als fairer Wettbewerb der Banken am Markt betrachtet werden. Außerdem legen die »Prinzipien zur strategischen Reform des staatlichen Bankensektors« eher nahe, die hundertprozentige Einlagengarantie für die Oschadbank zurückzunehmen als sie auf zwei weitere Banken auszuweiten. Am besten würde zumindest ein kleiner Prozentsatz dieser Banken verkauft, da die Garantie sich auf zu hundert Prozent in Staatsbesitz befindliche Banken bezieht. Dies bringt uns zum Problem des Bankenverkaufs zurück.

Arbeitet die Regierung effizient?

Eine Kernaufgabe des Bankensystems ist es, finanzielle Ressourcen in die Sektoren der Wirtschaft zu lenken, in denen sie am effizientesten eingesetzt werden können. Lange haben die in staatlichem Besitz befindlichen Banken eine spezielle Nische besetzt, indem sie großen staatseigenen und privaten Firmen und Projekten Kredite gewährt haben. Anschließend folgten Energieeffizienzprogramme und in Zusammenarbeit mit internationalen Finanzunternehmen gewährte Anleihen für kleine und mittlere Firmen. Nachdem sie ihren Anteil an den Aktiva des Bankensystems mittlerweile auf über 50 % erhöht haben, sollten die staatlichen Banken ihr Geschäftsfeld nun deutlich ausweiten.

Kreditvergaben an den Staat sind ein weiteres Thema. Investitionen in Staatsanleihen machen 35 % bis 40 % aller Aktiva bei den staatlichen Banken (Oschadbank, Ukreximbank und Ukgazbank) aus, darunter auch die Anleihen, die zur zusätzlichen Kapitalisierung dieser Finanzinstitutionen ausgegeben wurden. Inklusiv der 116 Mrd. Hrywnja, mit denen das Loch in der Bilanz der PrivatBank gestopft wurde, belaufen sich die Investitionen in Staatsanleihen auf 10 Mrd. US-Dollar oder 40 % der Gesamtbilanz dieser vier Banken.

Denjenigen, die glauben, dass die Kreditvergabepolitik der staatlichen Banken Korruptionsrisiken birgt, mag als positiver Umstand entgegengehalten werden, dass fast 15 % der Staatsschulden bei den staatlichen Banken versammelt sind. In der Vergangenheit wurde die Finanzierung von Großprojekten durch die staatlichen Banken letzten Endes den Steuerzahlern aufgebürdet, die für die weitere Kapitalisierung dieser Banken zahlten. Wenn das Kapital der staatlichen Banken in Staatsschulden investiert ist, bleibt ihnen weniger Handlungsspielraum.

Andererseits stellen mehr als 250 Mrd. Hrywnja Staatsanleihen in der Bilanz der staatlichen Banken genug Ressourcen für Kreditvergaben dar. Sie kön-

nen am Markt verkauft oder sehr unkompliziert als Sicherheit für die Geldaufnahme bei der NBU eingesetzt werden. Zur Rekapitalisierung der Banken verwendete Staatsanleihen werden in den Bilanzen der Banken allerdings als »bis zur Fälligkeit zu halten« klassifiziert und können entsprechend nicht verkauft werden. Die auf Zinssenkungen zielende staatliche Politik wird diese Anleihen für die Banken billiger machen, hängt ihr Preis doch direkt mit dem NBU-Zinssatz zusammen.

Dank der Verstaatlichung der PrivatBank ist der Staat nun bei Geldkarten Marktführer und ein bedeutender Marktteilnehmer bei Privatkundeneinlagen und bei Geldtransfers angeht. Ob der Bedarf der ukrainischen Wirtschaft in diesem Bereich gänzlich abgedeckt werden kann, hängt davon ab, wie effizient die neue Leitung der PrivatBank sein wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor

Mykhaylo Demkiv ist Finanzanalyst bei ICU Asset Management, wo er Berichte und Analysen zum ukrainischen Bankensektor erstellt. Davor war er Wirtschaftsprüfer für Deloitte mit Schwerpunkt ukrainischer Bankensektor nach lokalen und internationalen Standards (IFRS). Demkiv arbeitet nicht für eine Firma oder Organisation, die von diesem Artikel profitieren könnte, berät keine solche Firma oder Organisation und hält keine Anteile von oder hat relevante Verbindungen zu solchen Firmen oder Organisationen.

Die Originalfassung des vorliegenden Beitrags ist auf Vox Ukraine veröffentlicht worden:

- Englisch: <<http://voxukraine.org/2016/12/29/super-state-bank/>>
- Ukrainisch: <<http://voxukraine.org/2016/12/30/superderzhbank-ru/>>
- Russisch: <<http://voxukraine.org/2016/12/28/superderzhbank-ua/>>

Wir bedanken uns für die Erlaubnis zum Nachdruck in der von uns erstellten deutschen Übersetzung.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

DOKUMENTATION

Dubiose Finanzgeschäfte der Privatbank

Die ukrainische Privatbank ist in Verbindung gebracht worden mit der Unterschlagung von Krediten des Internationalen Währungsfond (IMF) als auch mit einem großen Bankskandal im benachbarten Moldawien. Wir dokumentieren im Überblick die beiden Skandale des Jahres 2015.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

A prominent American investigative journalist, Andrew Cockburn (2015), has described an alleged offshore scheme run by Kolomois'kyi's Privatbank, which has been used to siphon off \$1.8 billion in IMF support for the banking sector:

The scheme, as revealed in a series of court judgments of the Economic Court of the Dnipropetrovsk region monitored and reported by Nashi Groshi, worked like this: Forty-two Ukrainian firms owned by fifty-four offshore entities registered in Caribbean, American, and Cypriot jurisdictions and linked to or affiliated with the Privat group of companies, took out loans from PrivatBank in Ukraine to the value of \$1.8 billion. The firms then ordered goods from six foreign "supplier" companies, three of which were incorporated in the United Kingdom, two in the British Virgin Islands, one in the Caribbean statelet of St. Kitts & Nevis. Payment for the orders—\$1.8 billion—was shortly afterwards prepaid into the vendors' accounts, which were, coincidentally, in the Cyprus branch of PrivatBank. Once the money was sent, the Ukrainian importing companies arranged with PrivatBank Ukraine that their loans be guaranteed by the goods on order.

But the foreign suppliers invariably reported that they could not fulfill the order after all, thus breaking the contracts, but without any effort to return the money. Finally, the Ukrainian companies filed suit, always in the Dnipropetrovsk Economic Court, demanding that that foreign supplier return the prepayment and also that the guarantee to PrivatBank be cancelled. In forty-two out of forty-two such cases the court issued the identical judgment: the advance payment should be returned to the Ukrainian company, but the loan agreement should remain in force.

As a result, the loan of the Ukrainian company remained guaranteed by the undelivered goods, while the chances of returning the advance payments from foreign companies remain remote. "Basically this transaction of \$1.8 billion abroad with the help of fake contracts was simply an asset siphoning [operation] and a violation of currency legislation in general," explained Lesya Ivanovna, an investigator with Nashi Groshi in an email to me. "The whole lawsuit story was only needed to make it look like the bank itself is not involved in the scheme ... officially it looks like PrivatBank now owns the products, though in reality [they] will never be delivered. In a separate case, in December 2015, the Latvian Financial and Capital Markets Commission imposed a fine of \$2 million on the Latvian subsidiary of Privatbank and ordered the dismissal of its CEO and managing board in reaction to an investigation of the bank's role in the theft and laundering of money from Moldovan banks (The Baltic Times 2015). In Moldova, the theft of approximately \$1 billion had caused a political crisis (Demytrie 2015).

Auszug aus: Pleines, Heiko (2017): The international links of Ukrainian oligarchs. Business expansion and transnational offshore networks, in: Timm Beichelt / Susann Worschech (eds.): Transnational Ukraine? Networks and Ties that influence(d) Contemporary Ukraine, Stuttgart (ibidem-Verlag), S. 167 (in Druck)

Im Text zitierte Quellen:

- Cockburn, Andrew. 2015. "Undelivered Goods. How \$1.8 billion in aid to Ukraine was funneled to the outposts of the international finance galaxy." The Harper's Blog, 13 August 2015. <<http://harpers.org/blog/2015/08/undelivered-goods/>>.
- Demytrie, Rayhan. 2015. "Moldova anger grows over banking scandal." BBC News, Chisinau, 14 September 2015. <<http://www.bbc.com/news/world-europe-34244341>>.
- The Baltic Times. 2015. "Latvian regulator hits Privatbank with record fine for Moldova bank fund laundering." 16 December 2015.

Der militärische Konflikt in der Ostukraine – Aktuelle Entwicklungen

Am Rande der Münchener Sicherheitskonferenz fand am 18.2.2017 ein Außenministertreffen im Normandieformat zum militärischen Konflikt in der Ostukraine statt. Am selben Tag unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin einen Erlass, der Dokumente von Bewohnern der international und auch von Russland nicht anerkannten selbst-ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk für in Russland gültig erklärt. Wir dokumentieren im folgenden beide Ereignisse.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes Außenminister Gabriel nach dem heutigen Treffen der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz

Erscheinungsdatum 18.02.2017

Außenminister Gabriel erklärte heute (18.02.) nach dem Treffen der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz:

Bei unserem heutigen Außenministertreffen im Normandieformat am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz haben wir – die Außenminister Frankreichs, Russlands, der Ukraine und ich – über die stark eskalierenden Verletzungen des Waffenstillstands in der Ostukraine beraten und folgende Verabredungen getroffen.

Alle Parteien werden ihren Einfluss nutzen, um die Verabredung aus der Trilateralen Kontaktgruppe vom 15. Februar umzusetzen. Es gilt, ab dem 20. Februar zu einem Waffenstillstand zu kommen und das zu tun, was schon lange verabredet ist, aber nie stattgefunden hat: Die schweren Waffen aus dem Gebiet zu entfernen, zu sichern und der Sonderbeobachtermission der OSZE die Möglichkeit zu geben, zu kontrollieren, wo sie sind.

Wir haben verabredet, dass der Gefangenenaustausch jetzt schnell fortgesetzt werden soll – mit Unterstützung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes.

Wir werden uns in einigen Wochen wiedertreffen, um weiter an nächsten Schritten im politischen Prozess zu arbeiten – das wird die schwerste Aufgabe sein. Aber ohne einen Waffenstillstand und ohne den Rückzug der schweren Waffen kann der politische Prozess nicht in Gang kommen.

Wir appellieren gemeinsam auch an diejenigen, die derzeit Straßen und Schienen blockieren, diese Blockade aufzugeben, weil sie beiden Seiten schadet – sowohl denen, die Kohle exportieren wollen, als auch denen, die sie brauchen, um Elektrizität zu produzieren.

Quelle: Auswärtiges Amt, <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2017/170218_BM_Gabriel_Normandieformat_Muesiko.html>

Documents

Executive Order on recognising documents issued to Ukrainian citizens and stateless persons living in certain districts of Ukraine's Donetsk and Lugansk regions

Vladimir Putin signed Executive Order *On Recognition in the Russian Federation of Documents and Vehicle Registration Plates Issued to Ukrainian Citizens and Stateless Persons Permanently Residing in Certain Districts of Ukraine's Donetsk and Lugansk Regions*.

February 18, 2017

16:45

Being guided by universally recognised principles and standards of the international humanitarian law and in order to protect the rights and freedoms of individuals, the President has resolved that temporarily, during the political settlement period of the crisis in certain districts of Ukraine's Donetsk and Lugansk regions pursuant to the Minsk Agreements, personal identification documents, education and (or) qualification certificates, birth certificates, marriage, divorce, name change and death certificates, vehicle registration certificates, and vehicle registration plates issued by the corresponding authorities (organisations), valid in the specified district, will be recognised in the Russian Federation as valid for Ukrainian citizens and stateless persons permanently residing in those areas.

Pursuant to the Executive Order, Ukrainian citizens and stateless persons permanently residing in certain districts of Ukraine's Donetsk and Lugansk regions can enter and leave the Russian Federation without applying for visas upon showing identification documents (birth certificates for children under the age of 16), issued by the corresponding authorities which are valid in the said districts.

The Government of the Russian Federation has been instructed to take the necessary measures to implement this Executive Order.

The Executive Order will come into effect upon its signing.

Quelle: Internetseite des Präsidenten Russlands, <<http://en.kremlin.ru/acts/news/53895>>

OSCE Chairmanship reaction to unilateral measures recognizing documents issued on territories of certain areas of Donetsk and Luhansk regions

VIENNA, 20 February 2017—With regard to the 18 February presidential decree by the Russian Federation recognizing documents and license plates of vehicles issued to Ukraine's citizens and stateless persons who reside in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions, a spokesperson of Austria's OSCE Chairmanship said today: "The OSCE Chairmanship expresses strong concern about this measure taken by the Russian Federation. In our view, this decree is in contradiction to the objectives of the settlement process in eastern Ukraine."

"The OSCE Chairmanship notes that documents issued on the sovereign territory of Ukraine are only valid if done so by the internationally recognized authorities."

While the OSCE Chairmanship supports efforts to normalize the situation of people living in Donbas and to encourage freedom of movement, it cautions that this should be done in full compliance with OSCE principles and commitments as well as the Minsk agreements. Unilateral actions jeopardize efforts to resolve the crisis in and around Ukraine.

For PDF attachments or links to sources of further information, please visit: <<http://www.osce.org/node/300961>>

Rechtsextremer Angriff auf das Kiewer Visual Culture Research Center

Das Kiewer Visual Culture Research Center wurde 2008 als Plattform für die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Künstlern und Aktivisten gegründet. Aufgrund seiner bewusst unabhängigen und kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ist es wiederholt zur Zielscheibe von Angriffen geworden. Die bisher größte Kontroverse löste 2012 die Ausstellung »Ukrainischer Körper« aus, gegen die u.a. von der rechtsnationalistischen Partei Swoboda Protestaktionen organisiert wurden.

Serhiy Hirik schrieb damals in einem Beitrag für die Ukraine-Analysen (Nr. 110 vom 11.12.2012, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen110.pdf>>): »Vorrangig auf neofaschistischen Webseiten wurde die Ausstellung »Ukrainischer Körper« als Pornografie und das Zentrum selbst als »Mittelpunkt der Liederlichkeit« bezeichnet. Die gängigen Floskeln – »Propaganda für Homosexualität«, »Pseudokunst«, »degenerierte Kunst« usw. – dienen dazu, die traditionalistisch ausgerichteten Anhänger von Swoboda und die ihnen ideologisch nahestehenden Strukturen zu verschrecken.«

Er resümierte zur öffentlichen Reaktion: »Eine wirklich solidarische, deutliche und aktive Reaktion haben wir jedoch nicht erlebt. Und das ist die fünfte unerfreuliche, möglicherweise die unerfreulichste Schlussfolgerung, denn sie zeugt davon, dass wir alle noch einen Schritt nach rechts in Richtung Wand gemacht haben.«

Am 7. Februar 2017 wurde nun die aktuelle Ausstellung im Visual Culture Research Center die sich unter dem Titel »The Lost Opportunity« mit den Entwicklungen nach dem EuroMaidan beschäftigt, von verummten Rechtsextremen gewaltsam zerstört. Im Gegensatz zu 2012 ist dieses Mal sogar öffentliche Aufmerksamkeit weitgehend ausgeblieben. Wir dokumentieren im Folgenden die Pressemitteilung des Center zu den Ereignissen. Die Ausstellung wurde am 12. Februar 2017 mit einer Vorlesung der Menschenrechtsaktivistin Ksenia Prokonova wiedereröffnet.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Visual Culture Research Center

Pressemitteilung vom 8. Februar 2017

Attack on the Visual Culture Research Center:

Right Wing Radicals Destroyed The Lost Opportunity exhibition

by Davyd Chychkan

On Tuesday, February 7, at 17:40, approximately fifteen people broke into Visual Culture Research Center. They beat up the security guard, destroyed the exhibition The Lost Opportunity by Davyd Chychkan, stealing four artworks and heavily damaging others.

Dedicated to the war and post-Maidan situation in Ukraine, the exhibition The Lost Opportunity by Davyd Chychkan had opened in Visual Culture Research Center on Thursday, February 2. Threats to the artist and organizers, as well as calls to destroy the exhibition were subsequently posted on the social media pages of the far right groups and bloggers.

In order to guarantee safety of the visitors and the artist, we cancelled Davyd Chychkan's guided tour of the exhibition on Saturday, February 4 and closed it for the weekend. Despite the announced cancellation of the tour, and closed doors of the exhibition, a group of young men gathered in front of the VCRC entrance door. They severely beat up a passerby and attacked two visitors using a pepper spray. One of the visitors filed a complaint to the police. The mentioned individuals also broke and torn off the plastic sign and the advertising banner of the exhibition.

On Tuesday, February 7 the exhibition was reopened in accordance with its regular working hours. A young man was noticed observing the entrance doors to the exhibition. A member of VCRC asked whether he wanted to come in and the man answered that he would come back later. Because of his suspicious behavior and outfit that is typical for the far right subculture, the workers of Visual Culture Research Center called the police and closed the door, opening it only for each visitor.

Around 17:40 the security guard who was working at the exhibition together with the VCRC members, opened the door for three visitors to come in. About 15 people broke into the premises with their faces covered. They used a pepper-spray, encircling the security guard, threatening him, and demanding to lay on the ground. Eventually, several persons attacked the guard, punching him in the face, while the rest of the group were destroying the artworks and filming the action using their mobile phones. Trying to break into the office room, where VCRC members stayed behind closed door, yet not successfully, the group left, taking several artworks and books from the exposition.

Please find a link to the video surveillance camera inside the VCRC gallery space: <<https://www.youtube.com/watch?v=Tzm9llqEZVg>>

Among the graffiti the attackers made on the walls, there is a trident (the emblem of Ukraine) that is shaped as a Celtic cross, proving that it was neo-Nazis who carried out the attack. Until now, none of the far-right groups in Ukraine or Russia has claimed responsibility for the attack.

The police opened criminal investigation under Article 296 of the Criminal Code of Ukraine as “a hooligan act committed by a group of persons” that could be reclassified.

The exhibition presented ten graphic paintings by Davyd Chychkan. Four were stolen, while three were completely destroyed. Only two works survived the attack and one was slightly damaged. We preliminary estimate the losses of works at 6 000 dollars. The damage to the Center (broken walls, destroyed protective shield, a broken heater, etc.) are estimated at 1 500 dollars.

The Lost Opportunity exhibition by Davyd Chychkan, organized by the Visual Culture Research Center, is dedicated to the war and post-Maidan situation in Ukraine. The Lost Opportunity poses the questions that have been in the air for more than three years: what was this event and what it could have become? According to the artist, Maidan is a lost opportunity for the Ukrainian society to accomplish a social revolution, which would mean not only to defend dignity, but rather finally gain dignified living conditions. In series of graphic works Davyd was exploring the reasons and reflecting on the consequences of this loss, among which the so-called “decommunization” phenomenon that crystallizes the traits of counterrevolution in the context of political ignorance.

It is not for the first time that Visual Culture Research Center is being attacked. In September 2014 not far from Kontraktova Square metro station the head of VCRC Vasyl Cherepanyn was severely beaten up by seven people in camouflage gear. In May 2012 two young men attacked the exhibition A Room of My Own by Yevgenia Belorusets, dedicated to the everyday lives of queer families in Ukraine, and beaten up the security guard. In December 2010 the participants of Anti-Yolka rally on the occasion of International Human Rights Day within the framework of The Ideology of Difference conference were attacked at a metro station. In November 2010 the unknown masked individuals attacked the participants of the event dedicated to the Transgender Day of Remembrance by throwing a smoke pellet. None of these incidents has ever been investigated.

Quelle: <<http://vcrc.org.ua/en/>>

Finanztransparenz und der Eurovision Song Contest in Kiew

Mit dem Sieg der ukrainischen Sängerin Jamala beim Eurovision Song Contest 2016 in Stockholm erhielt die Ukraine das Recht den Contest 2017 zu veranstalten. Die für August 2016 angekündigte Verkündung des Austragungsortes wurde kurzfristig abgesagt. Im September wurde dann Kiew ausgewählt, wobei das Finale am 13. Mai 2017 im International Exhibition Centre stattfinden soll. Die European Broadcasting Union als Veranstalter erklärte im November: »Es gibt Hürden, mit denen sich die Autoritäten befassen müssen, um sicherzustellen, dass das Projekt schnell vorankommt.« Man sei »etwas in Sorge, dass die Zeit knapp wird«. Am 10. Februar 2017 traten dann zentrale Mitglieder des Kiewer Produktionsteams aus Protest gegen die Blockade durch das staatliche ukrainische Fernsehen als lokalen Ausrichter des Contest zurück.

Ein großes Problem war die Organisation des Ticketverkaufs. Die exklusive Vergabe der Verkaufsrechte an die Agentur concert.ua wurde vom ukrainischen Anti-Monopol-Komitee als unfair und überhastet kritisiert. Der implizite Vorwurf bezieht sich auf das Risiko des Insider-Handels. Die Mehrheit der Eintrittskarten wird dabei direkt an Schwarzhändler verkauft, die die Tickets dann für ein Vielfaches des Preises weiterverkaufen. Der Kartenverkauf, der in der Regel vor Weihnachten beginnt, wurde dieses Mal erst am 14. Februar online freigeschaltet. Ein Test bei der Verkaufsagentur concert.ua durch die Redaktion der Ukraine-Analysen führte am 15. Februar mehrfach zur Anzeige: »We are offline now, but You can leave a message.« Zur gleichen Zeit kostete das billigste Ticket für das Finale beim Online-Ticketportal Viagogo 177,51 Euro, während der niedrigste offizielle Verkaufspreis bei 8 Euro lag. Wir dokumentieren im Folgenden erste Stellungnahmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Offizielle Ankündigung der European Broadcasting Union als Veranstalter, 14. Februar 2017

Tickets for the 2017 Eurovision Song Contest are now on sale via the website of the official ticketing partner Concert.ua today. As is now customary, fans will have their own quota of tickets, organised through the national fan clubs across Europe. The online sale kicked off at 19:15 CET with prices starting at 8 euros. [...]

Some customers have reported that they have experienced difficulties with payment. Existing cases will be processed by the ticket operator within 24 hours. For further information regarding payment contact the customer services team at Way For Pay.

Kommentare von Nutzern unter der Ankündigung (Auswahl)

Eurovision fan • Wednesday, February 15, 2017 1:21 PM

I guess I know what happened last night. I am from a neighbour country and I was 2600+ in a row. The first thousand of people standing in queue was the so called "insiders"—representatives [sic] of intermediary companies. They bought the biggest part of tickets and not by cards, but via terminals in Ukraine. They had 24 hours to pay for them. Today morning those tickets that costed [sic] 50 Euros were sold by these companies with 350–600 Euros. So, 50 Euros to pay via terminal, and the rest are receipts. All our payments via cards failed. They made a lot of money, but we left without any ticket. It's a big pity!!! Don't be surprised when the whole ESC will be a big mess!!! It may happen that you will come with your ticket and find out another person with the same ticket to the same seat.

Andy • Tuesday, February 14, 2017 10:56 PM

The exact same happened to me. 1st email: Payment under review (WayForPay) 2nd email: payment accepted and tickets attached (concert.ua) 3rd email: payment declined (WayForPay)—after reaching out to my bank, they told me that everything is ok from their end, but that the payment website didn't process the payment correctly. Now no one picks up their phone.

So I have the tickets now but no money was taken from my bank account. It looks like this happened to most people?!

Quelle: <http://www.eurovision.tv/page/news?id=tickets_for_the_2017_eurovision_song_contest_go_on_sale>

n-tv.de, 15. Februar 2017

Doch wer abwartete, bis zum eigentlichen Bestellvorgang durchgelassen zu werden, musste dann natürlich trotzdem feststellen, dass Finaltickets nicht mehr zu kriegen waren. Unterdessen glühten bei Ticket-Resellern – die freundliche Umschreibung für den Internet-Schwarzmarkt – bereits die Drähte für den Wiederverkauf von Karten zu Mondpreisen. Dort landen jedes Jahr Tickets für den ESC. Dass dies jedoch in dieser Masse schon zeitgleich zum offiziellen Verkaufsstart passierte, lässt sich zumindest als ungewöhnlich bezeichnen.

Quelle: <<http://www.n-tv.de/leute/Die-Ukraine-kriegt-s-nicht-gebacken-article19703990.html>>

6. – 19. Februar 2017

06.02.2017	In Awdijiwka in der Region Donezk können alle Haushalte wieder an die Stromversorgung angeschlossen werden. Ohne Strom verbleiben die Einwohner in fünf Ortschaften in der Nähe der Stadt. Unterdessen erklärt Alexander Hug, der stellvertretende Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission, dass bei Awdijiwka, wo Ende Januar 2017 der Konflikt eskaliert war, erneut Explosionen zu hören gewesen seien.
06.02.2017	Der stellvertretende Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission im Donbass, Alexander Hug, erklärt, dass dort mehrfach Personen ihm und seinen Kollegen gegenüber geäußert hätten, sie seien Angehörige der russischen Armee.
07.02.2017	Die OSZE-Beobachtermission meldet eine kritische Lage aus der Gegend um die Hafenstadt Mariupol in der Region Donezk. Dort würden beide Seiten schwere Waffen einsetzen, es gebe Verletzte unter der Zivilbevölkerung.
07.02.2017	Die Nationalbank senkt den offiziellen Wechselkurs der Landeswährung. Ein Euro kostet nun etwa 29 Hrywnja.
07.02.2017	Der deutsche Botschafter in der Ukraine, Ernst Reichel, erklärt, dass in den von Separatisten kontrollierten Teilen des Donbass auch dann Wahlen durchgeführt werden könnten, wenn sich dort russische Soldaten aufhielten. Er vergleicht dieses Szenario mit den letzten Wahlen in der DDR, wo zum Zeitpunkt der Abstimmung noch sowjetische Truppen stationiert waren. Die Wahlen müssten jedoch nach europäischen Standards abgehalten werden, dazu zähle natürlich auch die Sicherheit. Man könne von Russland nicht erwarten, die Bedingungen des Minsker Abkommens zuerst zu erfüllen, und erst danach beginnen, diese selbst zu erfüllen. Im Parlament rufen daraufhin Abgeordnete der Partei Volksfront und des Blocks Petro Poroschenko den Botschafter auf, sich zu erklären und fordern das Außenministerium auf, ihn einzubestellen. Das Außenministerium erklärt am Nachmittag, es habe den Botschafter einbestellt.
08.02.2017	In Donezk wird Michail Tolstych, ein Kommandeur der Streitkräfte der Separatisten, durch eine Explosion in seinem Büro getötet. Unter dem Pseudonym »Giwi« war Tolstych weit über die Streitkräfte hinaus bekannt. Er stand auf der Sanktionsliste der EU.
08.02.2017	Das Ministerkabinett ernennt den General der Polizei Serhyj Knjasjew zum neuen Chef der Nationalen Polizei. Im November 2016 war Chatia Dekanoidse von ihrem Posten als Polizeichefin zurückgetreten. Als Grund hatte sie Korruption und politische Einmischung in die Polizeiarbeit angegeben.
08.02.2017	Ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes erklärt, dass die Äußerungen des deutschen Botschafters in Kiew, Ernst Reichel, nicht im Widerspruch zur offiziellen Position Berlins stünden. Die Minsker Vereinbarungen zielten auf die Wiederherstellung der Kontrolle des ukrainischen Staates über sein gesamtes Territorium. Wahlen könnten allerdings abgehalten werden, wenn beide Seiten, die im Minsker Prozess involviert sind – d. h. die Ukraine und Russland – sich auf Konditionen einigen können. Die Präsenz russischer Armeeeinheiten auf dem von Separatisten kontrollierten Gebiet kann der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes auf Nachfrage nicht bestätigen. Der Botschafter Ernst Reichel hatte am Vortag erklärt, dass in den von Separatisten kontrollierten Teilen des Donbass auch dann Lokalwahlen stattfinden könnten, wenn dort noch Soldaten der russischen Armee anwesend seien.
09.02.2017	Der Sprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, erklärt, dass man die Sanktionen gegen Russland, die wegen der Annexion der Krim erlassen wurden, nicht aufheben werde, solange Russland die Krim beanspruche. Was andere Sanktionen betreffe, so wolle er dem offiziellen Prozess nicht vorgreifen. Zuvor hatte sich die neue Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen, Nikki Haley, bereits ähnlich geäußert.
09.02.2017	Das Parlament verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz zur Reform des Verfassungsgerichts. Es sieht Änderungen bei der Auswahl der Richter vor – sie sollen in einem Wettbewerbsverfahren von einer Kommission gewählt werden, die vom Präsidenten, dem Parlament und Berufsverbänden ernannt wird. Außerdem führt das Gesetz die Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde ein: Bürger sollen damit auf die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen dringen können, die in einem Gerichtsverfahren gegen sie zur Anwendung kommen.

10.02.2017	Der stellvertretende Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission im Donbass, Alexander Hug, erklärt, dass beide Seiten weiterhin schwere Waffen entlang der Frontlinie stationieren und einsetzen würden, wobei auch Zivilisten zu Schaden kämen. Die Minsker Vereinbarungen und mehrere zusätzlich getroffene Vereinbarungen zu Waffenstillständen verpflichten die Konfliktparteien, schwere Waffen hinter der Frontlinie für die Beobachtermission zugänglich aufzubewahren.
10.02.2017	EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärt, dass die EU die Visaliberalisierung für die Ukraine bis zum Sommer 2017 verabschieden werde. Die Abschaffung der Visapflicht für Kurzaufenthalte ukrainischer Bürger in der EU ist bereits mehrfach verschoben worden.
10.02.2017	Vertreter der OSZE-Beobachtermission weisen Vorwürfe der Separatisten zurück, dass Einheiten des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU unter dem Schutz der Beobachtermission in der »Volksrepublik Luhansk« aktiv seien.
10.02.2017	Nach Angaben des Anführers der Separatisten in der »Volksrepublik Luhansk«, Ihor Plotnyzkyj, verabschiedet das »Parlament« ein Gesetz, das es auf dem Gebiet der »Volksrepublik« arbeitenden Unternehmen vorschreibt, sich bis zum 31. März 2017 dort zu registrieren – und damit auch dort ihre Steuern zu zahlen. Andernfalls würden diese Unternehmen »verstaatlicht«. Von dieser Ankündigung sind auch Firmen des ukrainischen Großunternehmers Rinat Achmetow betroffen.
11.02.2017	Ein Mitglied des Oppositionsblocks wird mit schwerer Gehirnerschütterung und mehreren gebrochenen Rippen in ein Krankenhaus in Odessa eingeliefert. Nach Angaben der Partei sei er am Abend des 10. Februar 2017 von vier Unbekannten zusammengeschlagen worden.
11.02.2017	Nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden der OSZE-Beobachtermission Alexander Hug sind im Laufe der Eskalation im Gebiet um die Stadt Awdjiwka zwischen dem 29. Januar und dem 9. Februar 2017 insgesamt neun Zivilisten getötet und 41 weitere verletzt worden.
12.02.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman warnt vor weitreichenden Ausfällen der Strom- und teilweise auch der Wärmeversorgung, falls die Transportwege für Kohle aus den Separatistengebieten blockiert werden sollten. Aktivisten hatten am 10. Februar 2017 erneut angekündigt, Eisenbahnverbindungen aus dem von Separatisten kontrollierten Landesteilen zu besetzen, um die Lieferung von Kohle, Metall und Holz zu unterbinden.
13.02.2017	Der russische Schriftsteller Sachar Prilepin übernimmt nach eigenen Angaben den Posten eines stellvertretenden Bataillonskommandeurs einer Spezialeinheit der Separatisten der »Volksrepublik Donezk«. Prilepin ist seit dem Jahr 2015 Berater des Oberhauptes der »Volksrepublik«, Oleksandr Sachartschenko.
13.02.2017	Ein Mitarbeiter des belarussischen Innenministeriums äußert sich zu der Kontroverse um den ukrainischen Schriftsteller Serhyj Schadan. In der Nacht zum 11. Februar war Schadan, der zu einer Literaturmesse nach Belarus eingereist war, von Beamten des belarussischen Geheimdienstes festgenommen worden. Schadan ist die Einreise nach Russland verboten, da er auf einer Sanktionsliste des Landes steht. Da diese Liste aufgrund gemeinsamer Bestimmungen ebenso für Belarus und Kasachstan gilt, hätte Schadan nicht einreisen dürfen. Der Mitarbeiter des Außenministeriums erklärt die Tatsache, dass Schadan trotzdem zunächst ins Land gelassen wurde, damit, dass sich die Schreibweise seines Namens in seinem Pass von derjenigen auf der Sanktionsliste unterscheidet. Als der Fehler entdeckt wurde, war zunächst die Deportation angeordnet worden. Dieser Befehl wurde dann jedoch zurückgenommen, Schadan konnte seinen Aufenthalt in Belarus fortsetzen. Der Mitarbeiter des Innenministeriums erklärt, die Entscheidung sei »auf oberster Ebene« gefallen.
13.02.2017	Der Chef des staatlichen Energiekonzerns Ukrenergo, Wsewolod Kowaltschuk und Energieminister Ihor Nasalyk fordern gemeinsam die Regierung dazu auf, den Energie-Notstand auszurufen. Grund ist die Blockade der Eisenbahngleise aus den von Separatisten kontrollierten Landesteilen in der Ostukraine, über die Steinkohle zur Verstromung und Wärmeerzeugung in die von ukrainischer Seite kontrollierten Landesteile geliefert wird. Die Aktivisten wollen mit der Aktion gegen den Handel mit den Separatisten protestieren und die Freilassung ukrainischer Gefangener in den Separatistengebieten erzwingen. Im Rahmen eines Notstandes kann die Energieversorgung gezielt abgeschaltet werden. Solche Maßnahmen könnten sieben Regionen des Landes betreffen, darunter auch die Regionen Kiew, Dnipropetrowsk und Charkiw.

14.02.2017	Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman bezeichnet in einer Kabinettsitzung die ehemalige Ministerpräsidentin und Vorsitzende der Partei Vaterland, Julia Tymoschenko, als »Mutter« des Populismus, der Korruption und der ökonomischen Schwäche der Ukraine. Er reagiert damit auf die Beschuldigung Tymoschenkos, ein Dokument der Vaterland-Fraktion, das den Rücktritt Hrojsmans gefordert hatte, von der parlamentarischen Tagesordnung entfernt zu haben. Hrojsman und Tymoschenko erheben schon seit Monaten heftige Vorwürfe gegeneinander.
14.02.2017	In einem internen Dokument fordert der Internationale Währungsfonds (IWF), die Möglichkeit zur Ratenzahlung für kommunale Dienstleistungen für diejenigen Bürger abzuschaffen, die für diese Leistungen keine staatliche Unterstützung erhalten. Der IWF ist einer der wichtigsten Kreditgeber des Landes.
14.02.2017	Die OSZE verurteilt die jüngsten Angriffe auf Journalisten in der Ukraine. Im Dezember 2016 hatten Unbekannte das Auto eines Journalisten in Kamenske in der Region Dnipropetrowsk in Brand gesteckt. Brandanschläge gab es auch am 27. Januar und am 10. Februar auf Studios, die von den Musiksendern M1 und M2 genutzt werden.
14.02.2017	Der Sprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, erklärt, US-Präsident Donald Trump erwarte, dass Russland aktiv die Deeskalation des Konflikts in der Ostukraine unterstütze und die Krim an die Ukraine zurückgebe. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärt am Folgetag, Russland werde seine Territorien nicht zurückgeben. Auch Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, erklärt, man werde Fragen zum eigenen Territorium nicht mit ausländischen Partnern besprechen. Russland hatte die Krim im März 2014 annektiert.
15.02.2017	Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko beziffert die Aufklärungsrate von Verbrechen im Jahr 2016 auf unter 30 %. Damit liege sie etwa zehn Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 2015 und etwa 15 Prozentpunkte unter dem des Jahres 2014. Im Jahr 2016 seien insgesamt 1,1 Millionen Strafverfahren eröffnet worden.
15.02.2017	Die Regierung ruft den Notstand im Energiesektor aus. Unterbrechungen der Energiezufuhr werde es aber nur in extremen Notfällen geben, kündigt Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman an. Grund für die Maßnahmen ist eine anhaltende, von Aktivisten durchgeführte Blockade der Eisenbahnverbindung aus den von Separatisten kontrollierten Landesteilen. Die Blockade hat zur Folge, dass keine Kohle zur Verstromung und Wärmeerzeugung aus den Separatistengebieten geliefert werden kann.
15.02.2017	Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft deckt die Staatliche Steueraufsicht Steuerergehen von drei Abgeordneten auf. Basis der Untersuchungen war ein Abgleich der Einkünfte der Abgeordneten zu ihren Steuerzahlungen mit ihren elektronischen Vermögensdeklarationen. Generalstaatsanwalt Jurij Luzenko erklärt, das Parlament könne nun die Immunität dieser Abgeordneten aufheben und damit strafrechtliche Ermittlungen einleiten. Die Abgeordneten hätten auch die Möglichkeit, die Steuern in Höhe von 60.000, 50.000 bzw. 40.000 Hrywnja nachzuzahlen. Luzenko verspricht Ermittlungen gegen weitere Abgeordnete.
15.02.2017	Martin Sajdyk, der Vertreter der OSZE in der trilateralen Kontaktgruppe zwischen Ukraine, Russland und der OSZE teilt mit, dass sich die Parteien auf einen Abzug der schweren Waffen von der Frontlinie bis zum 20. Februar 2017 geeinigt hätten.
16.02.2017	Der Verwaltungschef des von der Ukraine kontrollierten Teils der Region Donezk, Pawlo Scherbyn-skyj, erklärt, der Vatikan habe den Bürgern der Stadt Awdijiwka 200.000 Euro zur Verfügung gestellt. Bei Awdijiwka war der Konflikt im Donbass Ende Januar 2017 eskaliert, es waren Industrieanlagen und Wohngebiete beschossen worden, insgesamt neun Zivilisten kamen ums Leben.
16.02.2017	In einer Stellungnahme ruft die Vertretung der EU in der Ukraine die an der Blockade der Eisenbahn-gleise im Osten des Landes beteiligten Aktivisten auf, die Strecke wieder freizugeben und damit die Lieferung von Kohle, die für die Energiegewinnung benötigt wird, wieder zu ermöglichen. Eine Energie-krise würde zulasten der Menschen auf beiden Seiten der Frontlinie gehen. Die Regierung der Ukraine wird in der Stellungnahme dazu aufgerufen, ihre Anstrengungen zur Lösung des Problems zu verstärken. Die Aktivisten erklären unterdessen auf Facebook, man habe nicht die Absicht, die Blockade aufzuheben.
16.02.2017	Im von der Heritage Foundation, einem konservativen US-Think Tank herausgegebenen Länderranking ökonomischer Freiheit, fällt die Ukraine von Platz 162 auf Platz 166.
17.02.2017	Der Generalstab der ukrainischen Armee meldet, dass seit Beginn des Krieges im Donbass im Jahr 2017 insgesamt 2.197 ukrainische Soldaten ums Leben gekommen seien. Nach UN-Angaben sind insgesamt etwa 10.000 Menschen in dem Konflikt getötet worden.

17.02.2017	Die UN-Kinderhilfsorganisation UNICEF veröffentlicht einen Bericht zum Einfluss des Krieges im Osten der Ukraine auf das Leben von Kindern. Laut dem Bericht leben etwa 200.000 Kinder in weniger als 15 Kilometern Abstand zur Frontlinie. Es seien im Laufe des Konflikts fünf Schulen und zwei Kindergärten intensiv beschossen worden, elf Schulen blieben geschlossen.
18.02.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, mit dem Russland fortan Dokumente, die in den selbsternannten »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk ausgestellt wurden, anerkennt. Putin erklärt, dies geschehe zum Schutz von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten. Das russische Internetportal RBK hatte zuvor berichtet, dass die russischen Behörden solche Dokumente bereits inoffiziell anerkennen. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, dieser Schritt sei Zeugnis einer bewussten Eskalation des Konflikts durch Russland. Das Dekret widerspreche der Logik der Minsker Vereinbarungen.
18.02.2017	Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, der Ukraine und Russlands besprechen bei einem Treffen im so genannten »Normandie-Format« den Konflikt in der Ostukraine. Nach Abschluss des Treffens erklärt der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel, alle Beteiligten hätten sich auf die Einhaltung des Minsker Abkommens geeinigt, das einen Waffenstillstand, den Abzug schwerer Waffen und die Kontrolle durch die OSZE vorsieht. Man habe außerdem beschlossen, dass das Internationale Rote Kreuz Zugang zum Gebiet der »Volksrepublik Donezk« erhalten solle.
19.02.2017	Auf dem Maidan in Kiew und vor dem Gebäude der Präsidentialverwaltung finden Kundgebungen zur Unterstützung der Blockade von Eisenbahntrassen zwischen den ukrainisch kontrollierten Landesteilen und den Separatistengebieten statt. Auf dem Maidan demonstrieren Anhänger der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) sowie mehrerer Freiwilligenbataillone. An beiden Orten kommt es zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften. Der Abgeordnete Semjon Semtschenko, der der Blockade angehört, kündigt in einem Interview an, zusätzlich die Bahnverbindungen zu Russland zu blockieren.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>